



N i e d e r s c h r i f t
über die 11/15. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am Donnerstag, 07.12.2023

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr** Ende: **21:04 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Vorsitzender
Schiebener, Heribert

Ratsmitglied (SPD)
Kerstholt, Karl Heinrich

Bürgermeister
Banken, Luger

Ratsmitglieder (CDU)
Brozio, Kurt
Schulze, Karin
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
(ab 18:22 Uhr - TOP 3.2)

Erste Beigeordnete
Hoffmann, Daniela

Technischer Beigeordneter
Bölinger, Torsten

Ratsmitglieder (SPD)
Koch, Martina
(In Vertretung für Ratsherrn Kerstholt, Karl
Heinrich)
Krupp, Ute

Mitarbeiterin im Sach-
gebiet bauliche Unter-
haltung, Immobilien-
bewirtschaftung
Mannheller, Susanne

Ratsmitglieder (UWG)
Huth, Dieter

Mitarbeiterin im
Sachgebiet Planung und
Umwelt
Rokicki, Nicole

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)
Seiffert-Schollmeyer, Urte

Sachkundige Bürger (CDU)
Witsch, Markus
Zimmermann, Bernd

Sachgebietsleiter
Schäfer, Markus

Sachkundige Bürger (SPD)

Ritter, Arne

Sachkundige Bürger (UWG)

Wessel, Albert

Sachkundige Bürger (FDP)

Frings, Marc

Mitarbeiterin im
Sachgebiet Hochbau- /
Neubauplanung
Stojanov, Polina

Sachgebietsleiter
Strang, Kurt

Fachbereichsleiterin
Thünker-Jansen, Margit

Auszubildende
Bartsch, Tamara

Schriftführerin
Nawrath, Sonja

Gäste:

von der DB Netz AG:
Kopnow, Nikolai
Projektleiter
Ausrüstungstechnik

Thieben, Sebastian
Projektsteuerer

Tagesordnung

zur 11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am Donnerstag, 07.12.2023

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
-----------------	---------------------	------------------

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Bürgeranträge

1.1 Bürgerantrag vom 20.12.2021 zur Einrichtung einer Anliegerstraße bzw. eines verkehrsberuhigten Bereichs im Stifterweg BA/0050/2022

1.2 Bürgerantrag vom 27.03.2022 zur Sperrung der Brücke über den Gräbbach in der Straße Römerkanal für 3 Monate für den allgemeinen Kfz-Verkehr BA/0058/2022

2 Angelegenheiten der Landschaftsplanung

./.

3 Angelegenheiten des Verkehrs

3.1 Bericht der DB Netz AG zu Infrastrukturmaßnahmen der Voreifelbahn MI/0202/2023

3.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2023 zum Kurzzeitparken erleichtern: Dauer der Brötchentaste verlängern AN/0614/2023

3.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2023 zur Ergänzung der neuen Fahrradstraßen um ein Zusatzschild, um Kraftwagen und Krafträdern die Benutzung zu ermöglichen AN/0616/2023

3.3.1 Erweiterungs- / Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2023 zur Ergänzung der neuen Fahrradstraßen um ein Zusatzschild, um Kraftwagen und Krafträdern die Benutzung zu ermöglichen AN/0620/2023

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

Der Ausschussvorsitzende Schiebener eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste, die Vertreter*in der Presse sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Ganz besonders begrüßt er die Mitarbeiter der DB Netz AG.

Bevor er in die Tagesordnung eintritt, teilt er mit, dass er gerade die Nachricht erhalten habe, dass Herr Winfried Weingartz verstorben sei. Herr Weingartz war bis 2020 jahrelanges Ratsmitglied der CDU und Ehrenringträger der Stadt Rheinbach.

Daraufhin erheben sich alle Anwesenden für eine Schweigeminute von ihren Plätzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Sitzung mit Schreiben vom 27.11.2023 frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Umwelt und Mobilität beschlussfähig ist.

Die Einzelauswertungen zum Energiebericht (TOP 4.1) wurden digital am 29.11.2023 nachgereicht.

Die Tagesordnung muss um TOP 3.3.1 - Erweiterungs- / Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2023 zur Ergänzung der neuen Fahrradstraßen um ein Zusatzschild, um Kraftwagen und Krafträdern die Benutzung zu ermöglichen, erweitert werden. Dieser ist auch als Tischvorlage ausgelegt.

Bevor er über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt, begrüßt er Herrn Bernd Zimmermann, der aufgrund einer Nachbesetzung als sachkundiger Bürger der CDU in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität nachrückt. Im Anschluss verpflichtet er Herrn Zimmermann mit folgender Formel:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalens und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Die Verpflichtung wird durch die Unterschrift auf der Verpflichtungsurkunde bestätigt.

Da es keine Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, lässt der Ausschussvorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Beschluss	
Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität stimmt der geänderten Tagesordnung zu.	

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Bürgeranträge
-----	---	---------------

TOP	1.1	Bürgerantrag vom 20.12.2021 zur Einrichtung einer Anliegerstraße bzw. eines verkehrsberuhigten Bereichs im Stifterweg
-----	-----	---

Beschluss

Dem Antrag zur Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches bzw. einer Anliegerstraße in der Straße „Stifterweg“ zwecks Verkehrsberuhigung kann nicht entsprochen werden. Bauliche Maßnahmen erfolgen nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	1.2	Bürgerantrag vom 27.03.2022 zur Sperrung der Brücke über den Gräbbach in der Straße Römerkanal für 3 Monate für den allgemeinen Kfz-Verkehr
-----	-----	---

Ratsfrau Schulze (CDU) merkt an, dass eine Sperrung der neue breiten Gräbbachbrücke für drei Monate jegliche Grundlage fehle. Die Entwicklung des ehemaligen Pallotti-Areals und die Ergebnisse des in Arbeit befindlichen Verkehrsentwicklungsplanes sollten abgewartet werden.

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

Ratsfrau Koch (SPD) stellt richtig, dass der Antrag zu einem Zeitpunkt gestellt wurde, als die Koblenzer Straße wegen einer Baustelle nur einseitig befahrbar war und sehr viel Verkehr in und durch die Straße „Heeg“ floss. Aus diesem Grund hätten die Anwohner*innen darum gebeten, nach einer Lösung zu suchen. Da sich die Situation geändert habe, sei dieser Bürgerantrag im Moment nicht mehr relevant.

Beschluss					
Der Rat kann dem Antrag zur probeweisen Sperrung der Gräbbachbrücke in der Straße „Heeg“, zwecks Verkehrsberuhigung nicht entsprechen.					
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	2	Angelegenheiten der Landschaftsplanung
-----	---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	3	Angelegenheiten des Verkehrs
-----	---	------------------------------

TOP	3.1	Bericht der DB Netz AG zu Infrastrukturmaßnahmen der Voreifelbahn
-----	-----	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Ausschussvorsitzender Schiebener die Mitarbeiter der DB Netz AG, Herrn Nikolai Kopnow und Herrn Sebastian Thieben, die anhand einer PowerPoint-Präsentation die Elektrifizierung der Voreifelbahn vorstellen. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend stehen Herr Kopnow und Herr Thieben für Rückfragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung.

TOP	3.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2023 zum Kurzzeitparken erleichtern: Dauer der Brötchentaste verlängern
-----	-----	---

Sachkundiger Bürger Frings (FDP) begründet den Antrag damit, dass eine Verlängerung der Parkdauer bei der Brötchentaste die Bürger*innen entlastet und dadurch auch die

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

Möglichkeit bestehe, bei mehreren Gewerbetreibenden vorbeizuschauen, ohne weitere Parkgebühren zu zahlen.

Ratsfrau Kupp (SPD) macht deutlich, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht folgen werde. Dieser Antrag sei überflüssig, da der Zeitraum der Brötchen-Taste ausreichend sei. Wer länger parken möchte, sollte auch die entsprechenden Parkgebühren bezahlen.

Die Fraktionen der UWG, Grüne und CDU sprechen sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Ratsherr Brozio (CDU) gibt zudem zu Bedenken, dass die Umstellung der Automaten mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Sachkundiger Bürger Frings (FDP) kann die Argumentationen der Fraktionen nicht ganz nachvollziehen und findet es schade, dass der Ausschuss hier kein positives Zeichen setzen möchte.

Sachkundiger Bürger Wessel (UWG) schlägt vor, auch in der Hauptstraße (vom Wilhelmsplatz bis zum Bungert) Parkautomaten aufzustellen. Damit würde sich die Parksituation dort entzerren.

Der Vorsitzende, Herr Schiebener (Grüne), merkt an, dass Parkautomaten nur an ausgewiesenen Parkplätzen aufgestellt werden können, die aber in der Hauptstraße nicht vorhanden seien.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Beschluss					
Das Kurzzeitparken durch die Verlängerung der Dauer der „Brötchentaste“ von bisher 20 Minuten auf 30 Minuten erleichtert wird.					
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA					X
NEIN	X	X	X	X	
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

TOP	3.3	Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2023 zur Ergänzung der neuen Fahrradstraßen um ein Zusatzschild, um Kraftwagen und Krafträdern die Benutzung zu ermöglichen
-----	-----	---

TOP	3.3.1	Erweiterungs- / Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2023 zur Ergänzung der neuen Fahrradstraßen um ein Zusatzschild, um Kraftwagen und Krafträdern die Benutzung zu ermöglichen
-----	-------	--

Sachkundiger Bürger Frings (FDP) erläutert, dass der Antrag der FDP selbsterklärend sei, es aber dennoch Nachholbedarfe gäbe. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion die Anbringung der Zusatzbeschilderung „Für alle Krafträder und Kraftwagen frei“.

Ratsfrau Krupp (SPD) bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu diesem Thema.

Ratsherr Huth (UWG) sieht die Einrichtungen der Fahrradstraßen als sinnvoll an. Er bemängelt aber, dass die Politik zwar informiert, aber nie richtig beteiligt worden sei. Da es zurzeit eine Menge unzufriedene Bürger*innen gebe, müsse genau ausgelotet werden, was geändert werden solle. Allerdings sehe er auch Nachbesserungsbedarf im Bereich der Zufahrtsstraßen zu den Fahrradstraßen. Hier könne es nicht sein, dass Anwohner*innen quasi abgeschnitten werden oder große Umwege fahren müssen.

Ratsherr Brozio (CDU) stellt richtig, dass es sich bei der Entscheidung zur Errichtung der Fahrradstraßen um eine Kenntnisnahme und nicht, wie in den Medien berichtet, um einen Beschluss gehandelt habe. Grundsätzlich wurde dieses Thema mit einem großen Druck umgesetzt. Aber letztendlich hätten die Verwaltung und die Fraktionsvertreter*innen einen guten Kompromiss gefunden. Allerdings sei die Umsetzung und die Aufklärung der Bevölkerung, hier insbesondere der Schüler*innen, zu spät erfolgt. Weiterhin regt er an, dass die Straße „Stadtpark“ keine Fahrradstraße bleiben soll. Schließlich wurde vor Jahren dort parallel zur Straße ein Radweg für 140.000 € angelegt.

Nicht nur das Ziel einen sicheren Radroutenring für Radfahrer*innen zu installieren gehe unter, wenn alles zurückgenommen werde, so Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne), sondern auch das Ziel der Verkehrswende, die Innenstadt vom Kfz-Verkehr zu entlasten. Sicher gäbe es noch Nachbesserungsbedarf, aber hier vertraue sie auf den Sachverstand der Verwaltung, dies aufzugreifen und nach zu justieren. Deshalb sollten die Fahrradstraßen als Verkehrsversuch betrachtet werden.

Etwas irritiert zeigt sich Bürgermeister Banken über die Reaktionen seitens der Bevölkerung und der Politik, seit die Fahrradstraßen eingeführt wurden. Grundsätzlich bestand Einigkeit, den Radverkehr in Rheinbach zu stärken. Seiner Meinung nach müsse den Fahrradstraßen eine Chance gegeben werden, sich zu etablieren. Überrascht zeigte sich Bürgermeister Banken auch über den am heutigen Tag eingegangenen Erweiterungs- / Änderungsantrag. Dieser spreche sich zwar für die Fahrradstraßen aus, aber bei Umsetzung des Antrages bliebe von den Fahrradstraßen nichts mehr übrig. Nach seiner Ansicht mache es mehr Sinn, zunächst die Situation zu beobachten, die Probleme zu bewerten und dann wo nötig nachzuarbeiten. Dies sollte auf Grundlage der Analyse und den Empfehlungen der

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

Verkehrsentwicklungsplanung erfolgen. Den von Ratsherrn Brozio (CDU) beantragten Nachbesserungsbedarf in der Verbindung Neugartenstraße und Villeneuve Straße sieht Bürgermeister Banken ebenso. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass bei Abschaffung der Fahrradstraßen auch eine Rückzahlung von Fördermitteln nicht ausgeschlossen sei. Auch kämen die Kosten für die Entfernung der Straßenmarkierungen hinzu.

Die Erste Beigeordnete Hoffmann berichtet, dass einige Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen seien, bei denen die Verwaltung bereits nachgesteuert habe, so z.B. an der Kreuzung Gebergasse / Kriegerstrasse sowie an der Einmündung Hauptstraße / Bachstraße.

Weiterhin erläutert sie, dass sich bei der Bereisung der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte“ herausgestellt habe, dass Fahrradfahrer*innen, die aus der Neugartenstraße kommend in den Stadtpark abbiegen, diese Straße mit einem gefährlichen Manöver queren müssen, um überhaupt auf den Radweg zu kommen. Deshalb wurde die Straße „Stadtpark“ als Fahrradstraße in das Fahrradstraßenkonzept aufgenommen.

Ebenso spricht sich die Erste Beigeordnete, Frau Hoffmann, für eine weitere Überprüfung der Fahrradstraßen im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung aus. Nur so sei eine fundierte Analyse zum Verkehrsverhalten möglich. Insbesondere, da die aktuelle Regelung rechtssicher umgesetzt wurde. Diese Auffassung unterstützen auch die beteiligten Behörden, insbesondere die Polizei.

Anhand einer Präsentation erläutert sie das bisherige Vorgehen zu den Fahrradstraßen sowie den zeitlichen Ablauf der Kommunikation. Diese ist als Anlage der Niederschrift beigefügt. Daraus ist zu erkennen, dass die Gremien regelmäßig einbezogen waren und die Veränderung in Bezug auf das Verkehrsgeschehen breit und zielgruppengerecht vorgenommen wurde.

Ratsherr Dr. Wilhelm-Buchstab (CDU) betont nochmal deutlich, dass die CDU-Fraktion sich nie gegen die Fahrradstraßen ausgesprochen habe. Es werde nur die Form der Umsetzung kritisiert. Die „Anlieger frei“-Regelung führe dazu, dass der Innenstadtbereich mehr belastet werde und viele Bürger*innen einen Umweg in Kauf nehmen müssten. Dies entspreche nicht dem ökologischen Grundgedanken.

Ratsfrau Krupp (SPD) spricht sich dafür aus, heute keine Hau-Ruck-Entscheidung zu treffen, sondern der Verwaltung die Chance zu geben, etwas zu entwickeln, was Sinn macht.

Bürgermeister Banken lädt alle Fraktionen ein, sich bei der Entwicklung des Verkehrsentwicklungsplans einzubringen und die Verwaltung zu unterstützen.

Ratsherr Huth (UWG) stimmt Ratsfrau Krupp (SPD) zu, heute keinen Beschluss zu fassen. Vielmehr solle der Verwaltung und den Verkehrsplanern die Chance gegeben werden, die Veränderung der Verkehrsströme festzustellen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Er schlägt einen Zeitraum von fünf bis sechs Monaten vor.

Da kurz vor Beginn der Einrichtung der Fahrradstraßen eine Verkehrszählung im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes stattgefunden habe, könne, so der Technische Beigeordnete

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

Herr Bölinger, eine Referenzzählung im Frühjahr durchgeführt werden, um die Veränderung der Verkehre zu ermitteln. Anschließend könne das Ergebnis sowie die Lösungsvorschläge der Verkehrsplaner mit den Fraktionen besprochen werden.

Ratsherr Brozio (CDU) beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Sachkundiger Bürger Witsch (CDU) bittet darum, bei dem Verkehrsentwicklungsplan auch an die Höhenorte zu denken. Denn durch die Errichtung der Fahrradstraßen würden den Autofahrer*innen aus den Höhenorten die Schleichwege verbaut.

Ratsherr Brozio (CDU) beantragt, den Antrag zunächst in die Fraktionen zu verweisen und eine Entscheidung erst im nächsten Ausschuss für Umwelt und Mobilität zu treffen.

Aus Sicht der Fraktionen der Grünen und der SPD sei eine Verweisung nicht nötig. Sie wollen dem Vorschlag der Verwaltung folgen, im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung im Frühling eine Referenzzählung durchzuführen.

Als weitestgehender Antrag sieht Vorsitzender Schiebener den Vorschlag von den Fraktionen der Grünen und der SPD und nicht den Antrag zur Verweisung in die Fraktionen. Deshalb möchte er über diesen abstimmen lassen.

Ratsherr Brozio (CDU) erwidert, dass es üblich sei, zunächst über Anträge zur Geschäftsordnung, hier der Antrag zur Verweisung in die Fraktionen, zu beschließen.

Ausschussvorsitzender Schiebener nimmt auch die Verweisung in den Beschlussvorschlag auf und lässt über beide Anträge gemeinsam abstimmen.

Beschluss					
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung im Frühling eine Referenzzählung durchzuführen. Hierdurch sollen die Veränderungen der Verkehrsströme ermittelt werden, die durch die Errichtung der Fahrradstraßen hervorgerufen werden.</p> <p>Gleichzeitig wird der Antrag der FDP-Fraktion zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt</p>					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	
NEIN					X
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

TOP	4	Angelegenheiten des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes
-----	---	--

TOP	4.1	Energiebericht 2022
-----	-----	---------------------

Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität nimmt den Energiebericht 2022 zur Kenntnis.

TOP	4.2	Machbarkeitsstudie(n) Photovoltaik auf städtischen Gebäuden
-----	-----	---

Frau Stojanov, Mitarbeiterin in der Hochbau- / Neubauplanung, stellt die, mit der Energieagentur Rhein-Sieg erarbeitete, Machbarkeitsstudie für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Anschließend steht sie für Rückfragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung.

Ratsherrn Wilhelm-Buchstab (CDU) sind die Ausarbeitungen der GGS Sürster Weg und Städtisches Gymnasium nicht schlüssig, insbesondere was die Investitionskosten, die potenziell erzeugte Energie und die Amortisationsdauer angeht. Hier sagt die Verwaltung eine Prüfung zu.

Hinweis der Verwaltung:

Die Hauptaufgabe der Potentialanalyse besteht darin, eine Abschätzung für Leistung und Ertrag auf den Dächern zu erhalten und im Anschluss eine Priorisierung der Gebäude erarbeiten zu können. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse folgt hier den Ergebnissen der technischen Simulation der Verwendung von Faustzahlen für die Kosten der Anlagen.

Die Amortisationszeit berechnet sich, indem die Anschaffungs- und Betriebskosten durch alle Einnahmen pro Jahr dividiert werden. Hierbei werden zum einen die Einnahmen aus der Einspeisung (hier für Anlagen über 100 kWp 7 ct/kWh), zum anderen die Ersparnis durch den Strom berechnet, der nicht aus dem Netz bezogen werden muss.

Die GGS Sürster Weg hat im Vergleich zum städtischen Gymnasium eine lange Amortisationszeit. Zum einen, da hier – z. B. aufgrund der Größe der Anlage – die Baukosten konservativer angenommen wurden. Zum anderen unterscheiden sich die Strombedarfe stark (GGG: ~50.000 kWh pro Jahr; Gymnasium: ~177.000 kWh pro Jahr). Da die Erlöse aus der Einspeisung (hier mit 7ct/kWh angenommen) oft im Bereich der Stromgestehungskosten (GGG: 0,0851 Ct/kWh; Gymnasium: 0,0649 Ct/ kWh pro Jahr) liegen, hängt die Rentabilität stark davon ab, wie viel Strom durch die Anlage vor Ort gedeckt werden kann (GGG: 13 %; Gymnasium: 33 %).

Die Optimierung des Betriebskonzeptes sowie eine Prüfung der Verwendung von Speichern werden im nächsten Schritt betrachtet.

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

TOP	5	Angelegenheiten der Entwässerung
-----	---	----------------------------------

TOP	5.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 08.11.2023 zum Dorfteich Ramershoven
-----	-----	--

Ratsherr Huth (UWG) bedankt sich für die Wiederherstellung des Dorfteichs. Allerdings habe dieser keinen Zulauf mehr. Daher solle ein Brunnen gebohrt und eine Pumpe installiert werden, um den Dorfteich mit Wasser zu versorgen. Es gibt in der Umgebung funktionierende, landwirtschaftliche Grundwasserentnahmen. Außerdem seien einige Dorfbewohner*innen bereit, sich an den Unterhaltungskosten zu beteiligen.

Der Technische Beigeordnete Bölinger schätzt diese Maßnahme als gut umsetzbar ein. Die Kosten belaufen sich auf ca. 18.000 € / brutto. Hinzu kommen noch Strom- und Wartungskosten, die allerdings noch nicht beziffert werden können.

Alle Fraktionen sprechen sich für diesen Antrag aus.

Da die Kosten in den Haushalt 2024 aufgenommen werden müssen, schlägt Vorsitzender Schiebener (Grüne) vor, den Antrag auch im Rahmen der Haushaltsberatungen mit zu beraten. Dem stimmten alle Ausschussmitglieder zu.

Beschluss					
<p>Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität befürwortet, dass in Rheinbach-Ramershoven ein Brunnen gebohrt und mit einer Wasserfontäne am alten Löschteich (Dorfweiher) ausgestattet wird.</p> <p>Wegen den finanziellen Auswirkungen wird der Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p>					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

TOP	6	Angelegenheiten der Stadtreinigung und Abfallbeseitigung
-----	---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	7	Angelegenheiten des Stadtwaldes
-----	---	---------------------------------

TOP	7.1	Umgang mit der sterbenden Altbuche "Prinzessin"
-----	-----	---

Ratsherr Brozio (CDU) spricht sich für das Fällen und die Verwertung des Holzes aus. Ratsherr Wilhelm-Buchstab (CDU) macht deutlich, dass es der CDU-Fraktion nicht um den Geldgewinn gehe, sondern eine vernünftige Lösung gefunden werden solle.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, die Altbuche als Habitatbaum zu verwenden. Evtl. könne die Krone entfernt und der Baumstamm beibehalten werden.

Da die Verkehrssicherungspflicht einzuhalten sei, sprechen sich die UWG- und die FDP-Fraktion ebenfalls für die Fällung des Baumes aus.

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) schließt sich dem Vorschlag der SPD an, schlägt aber vor, den Baum umzulegen und das Totholz im Wald zu belassen.

Daraufhin lässt Vorsitzender Schiebener über den Beschlussvorschlag von Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) abstimmen.

Beschluss					
Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität spricht sich für die Alternative 2 aus. Allerdings wird der Baum dann der Natur überlassen und nicht verwertet.					
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

TOP	7.2	Fällung und Ersatzbepflanzung von abgestorbenen und stark abgängigen Bäumen
-----	-----	---

Ratsherr Brozio (CDU) berichtet, dass in den Beeten der Bäume Nr. 47 und 48 in Oberdrees Schottersteine aufgebracht worden seien. Er habe die Vermutung, dass sich unter den Schottersteinen eine Folie befindet, die dazu führt hat, dass die Bäume vertrocknen. Eine Prüfung wurde zugesagt.

Ratsfrau Krupp erkundigt sich zu den geplanten Nachpflanzungen für die Bäume 77 + 78.

Prüfergebnis zu Baum 47 + 48:

Bei einem Baum ist es zu starken Beschädigungen durch Windbruch (Sturm) gekommen, was weitere Schäden in Folge verursachte (Fäulnis) bei dem anderen wurde ein Pilz festgestellt. Die Beetgestaltung war nicht ursächlich für die Baumschäden. Dennoch weisen wir die Beetpaten darauf hin, dass diese Gestaltung nicht unseren Ansprüchen gerecht wird und beraten zur Umgestaltung.

Prüfergebnis zu Baum 77 + 78:

Für den Baum 77 wird an gleicher Stelle wieder eine Linde gepflanzt, der Baum 78 wird an anderer Stelle ersetzt, da dieser hier in Konkurrenz zur Eiche danebensteht.

Beschluss					
Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität beschließt die Fällung und Ersatzbepflanzung von abgestorbenen und stark abgängigen Bäumen gemäß der vorgelegten Liste.					
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP
JA	X	X	X	X	X
NEIN					
ENTHALTUNG					

TOP	8	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung
-----	---	--

Der Vorsitzende Schiebener bittet um Beachtung, dass im Jahr 2024 der Sitzungstag des Ausschusses für Umwelt und Mobilität von donnerstags auf dienstags verlegt wurde.

Da keine weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende Schiebener die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Niederschrift	11/15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Datum	Donnerstag, 07.12.2023

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	9	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung
-----	---	--

Es liegen keine Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil vor. Daraufhin schließt der Vorsitzende Schiebener die Sitzung.

Rheinbach, 22. Januar 2024

gezeichnet
Heribert Schiebener
Vorsitzender

gezeichnet
Sonja Nawrath
Schriftführerin



NETZE

Elektrifizierung Voreifelbahn

Projektvorstellung

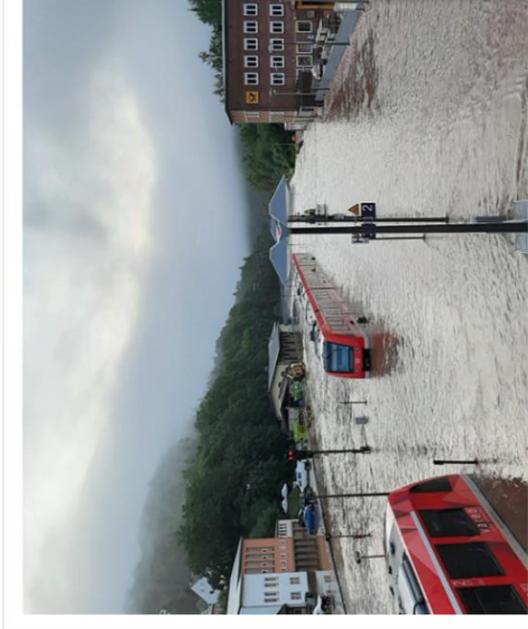


07.12.2023 | Ausschuss für Umwelt und Mobilität der Stadt Rheinbach



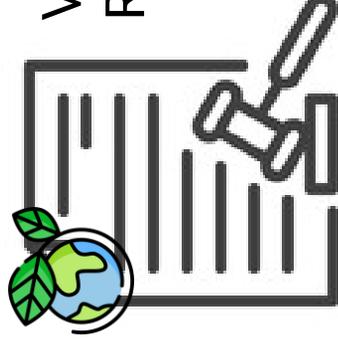
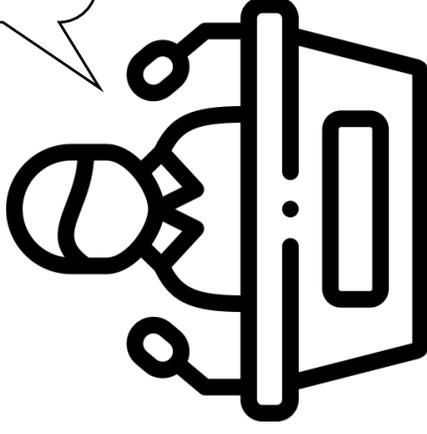
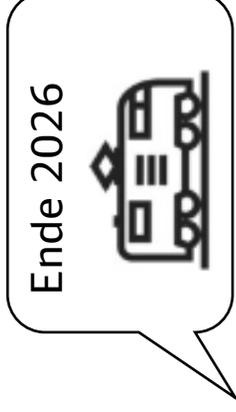
Projektvorstellung

Beschleunigter Wiederaufbau mit Elektrifizierung



Bahnhof Gerolstein 2021
Bildquellen: DB Netz AG

Bahnübergang Odendorf 2021

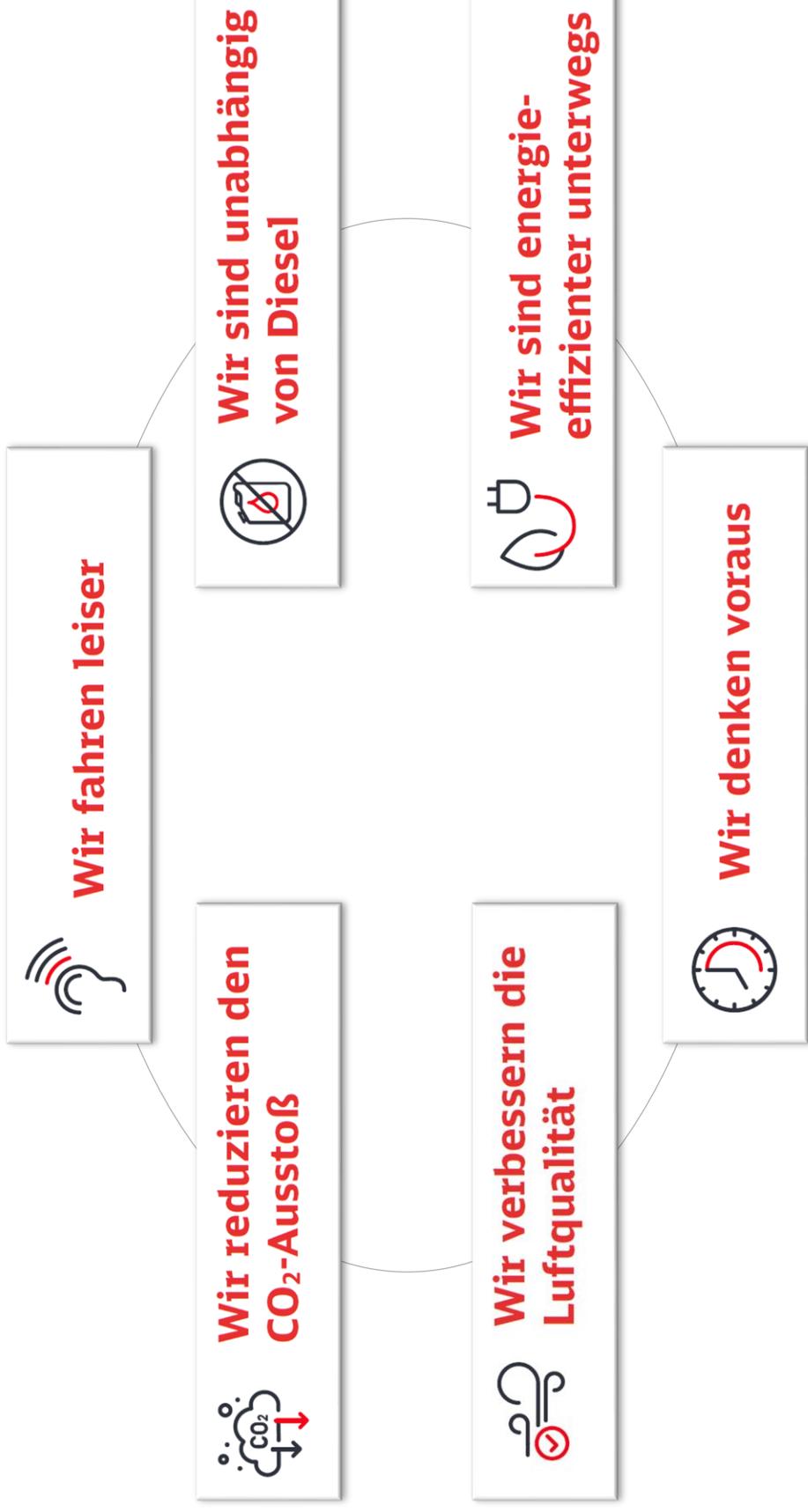


Vereinfachte
Rechtslage



Vorteile der Elektrifizierung

Klimafreundlicher Schienenverkehr für die Eifel





Projektvorstellung

Eifelstrecken

Strecke 2645 - Voreifelbahn

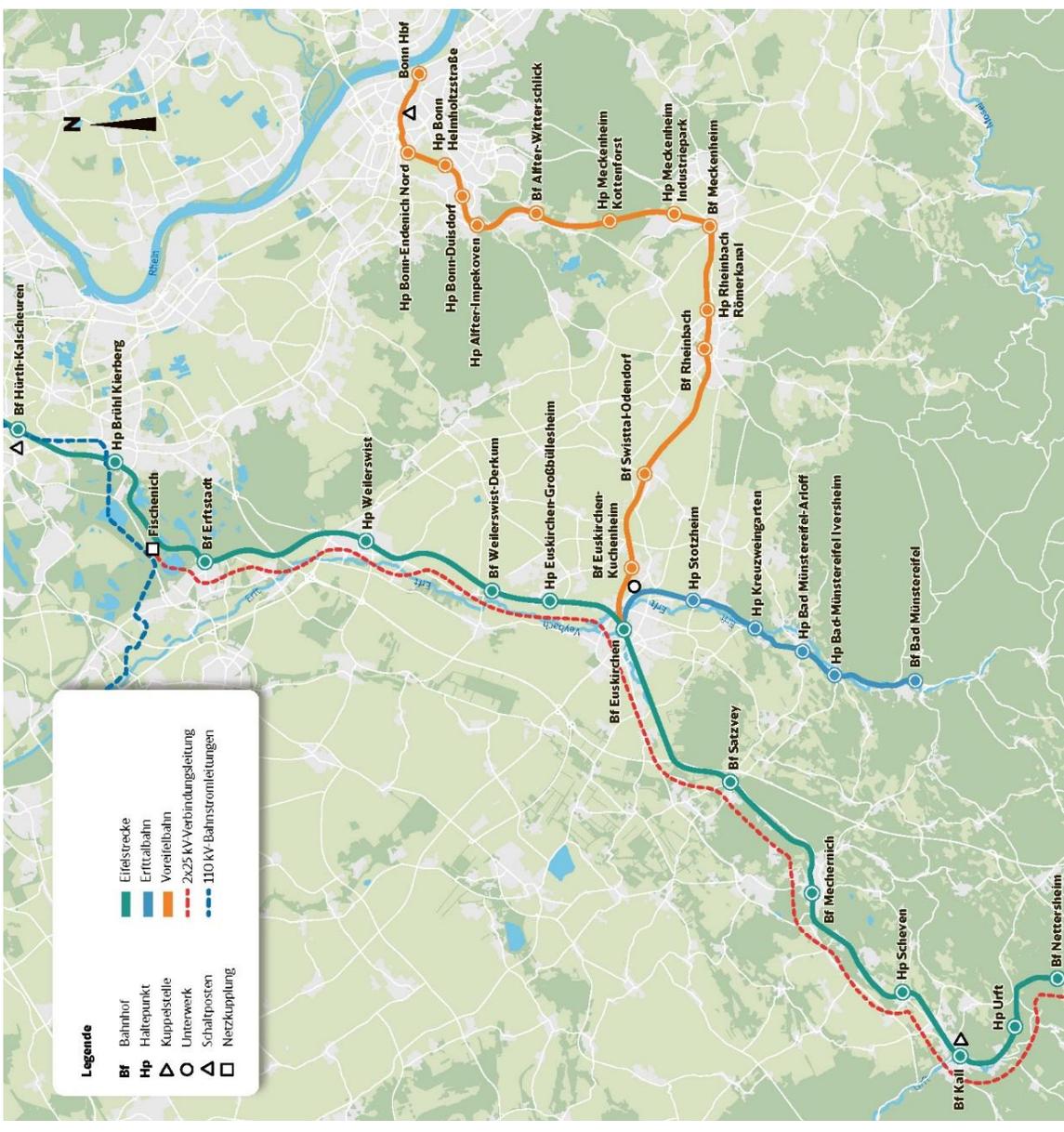
- 35 km Oberleitungsanlage
- rd. 875 Masten einschl. Gründung
- ca. 65.000 m Kettenwerk/Fahrdraht
- Erdung Bestandsbauwerke
- Neubau SÜ „Schwarze Brücke“, „Meßdorfer Feld“ und „Kottenforststraße“

Strecke 2631 - Eifelstrecke

- 65 km Oberleitungsanlage mit 25 kV Verbindungsleitungen
- rd. 1.500 Masten einschl. Gründung
- ca. 130.000 m Kettenwerk/Fahrdraht
- Neubau SÜ „Zum Sommersberg“
- Erdung Bestandsbauwerke
- Anpassung Kaller Tunnel
- Anpassung Oberbau Bf Euskirchen

Strecke 2634 - Erfttalbahn

- 13 km Oberleitungsanlage
- rd. 250 Masten einschl. Gründung
- ca. 15.000 m Kettenwerk/Fahrdraht
- Erdung Bestandsbauwerke





Projektvorstellung

Schnittstellen und Projektpartner



Verbundprojekt zwischen:

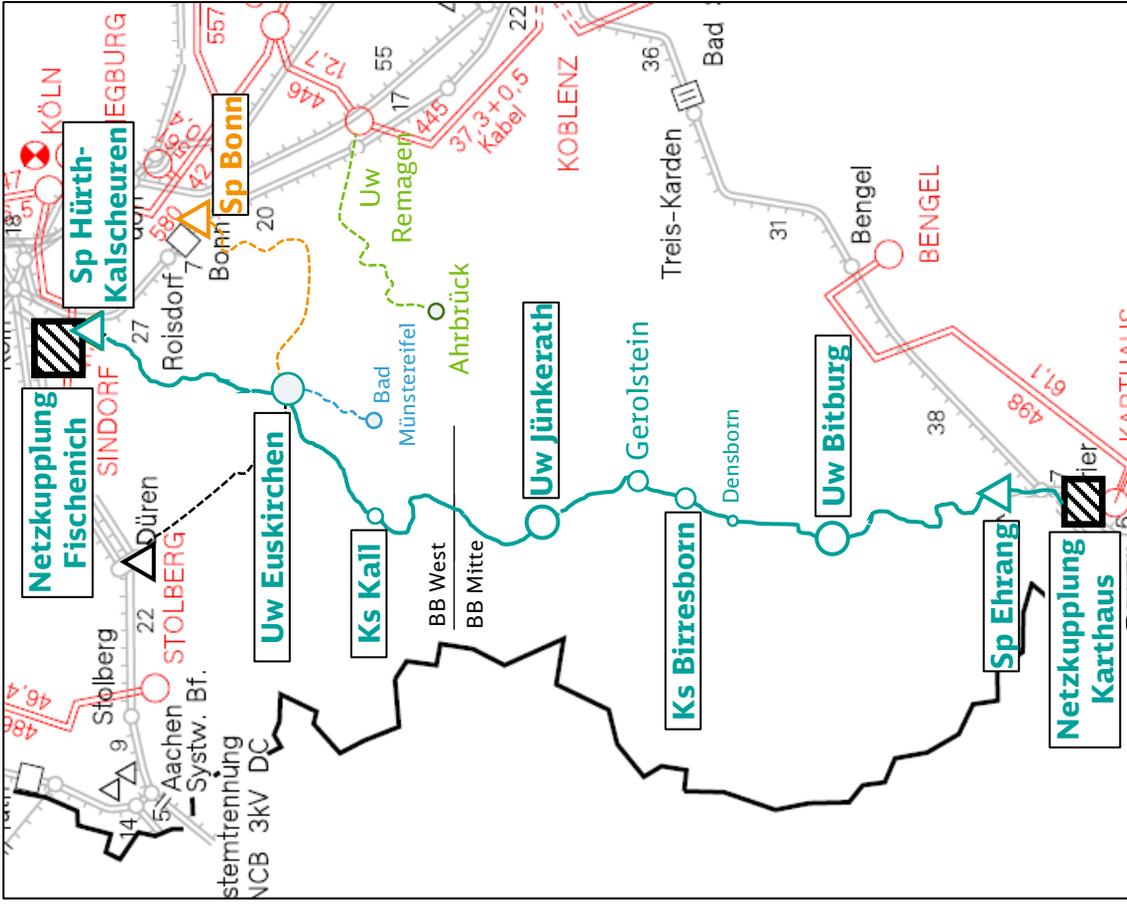
- DB Netz
- DB Energie
- DB Station & Service

Betriebsbereichsübergreifend

- RB West
- RB Mitte

Anpassungen an der Bestandsinfrastruktur

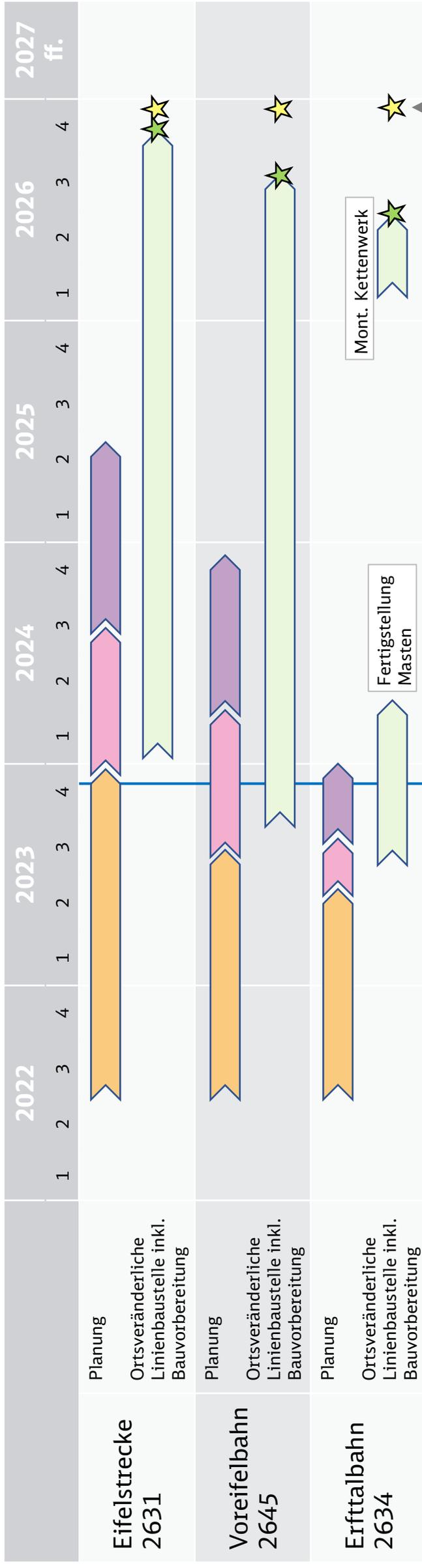
- Oberbau
- Tunnelbau
- Ingenieurbau





Zeitschiene

Planung und Bauausführung



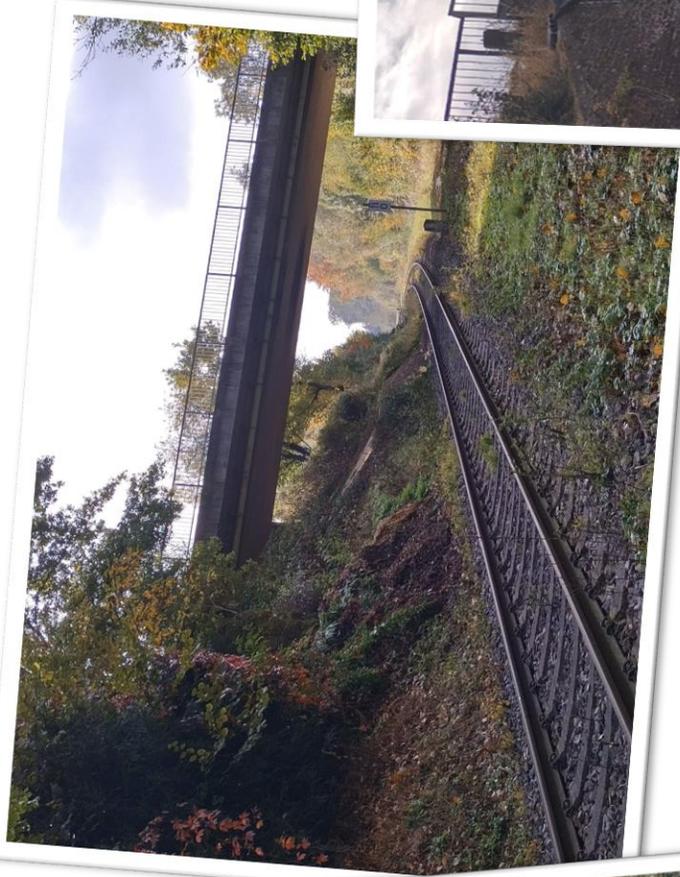
Geplante Inbetriebnahme aller Strecken: **Dezember 2026**

Funkt. Ausschreibung
 Planung (EP)
 Planung allgemein (AP)
 Bauausführung inkl. Bauvorbereitung
 Fertigstellung OLA



Einblick in die Planung

Neubau von vier Brücken notwendig



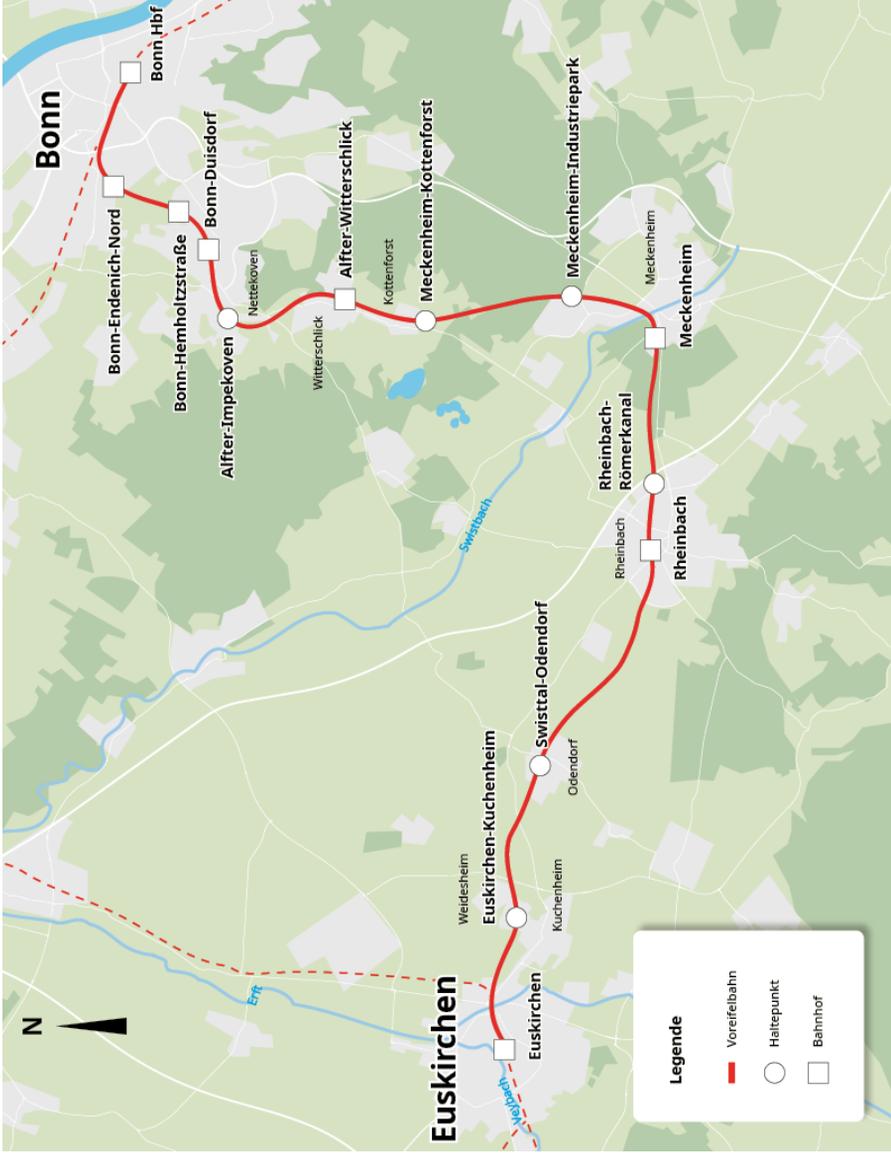
**Zusätzlich Anpassungen von 18
Brückenbauwerken** auf der Eifelstrecke und
Voreifelbahn erforderlich





Ausblick Voreifelbahn

Zukünftig geplante Infrastrukturmaßnahmen



Ausblick Infrastrukturausbau Voreifelbahn

- Machbarkeitsstudie aktuell in Erstellung
- Verkehrliche Aufgabenstellung (VAst) geplant in 2024
- Betriebliche Aufgabenstellung (BAst) geplant in 2025

Betriebsprogrammstudie Infrastrukturentwicklung

- 10-Min Takt bei eingleisiger Strecke realisierbar
- Verlängerung der Fahrtzeit durch Haltepunkte Alfter-Volmershoven und Rheinbach-Oberdrees → Zweigleisigkeit notwendig für neue Hp im 10-Min Takt

Infrastruktur Anpassungen Dritter

- Erneuerung der EÜ Gräbbach durch Stadt Rheinbach geplant (Beseitigung Hochwasser-Engstelle)
- Beseitigung von BÜen (Kalkofenstr. & Baumschulenweg) geplant → Ausgleich durch neue BÜ

Vielen Dank



flut-aufbau.deutschebahn.com

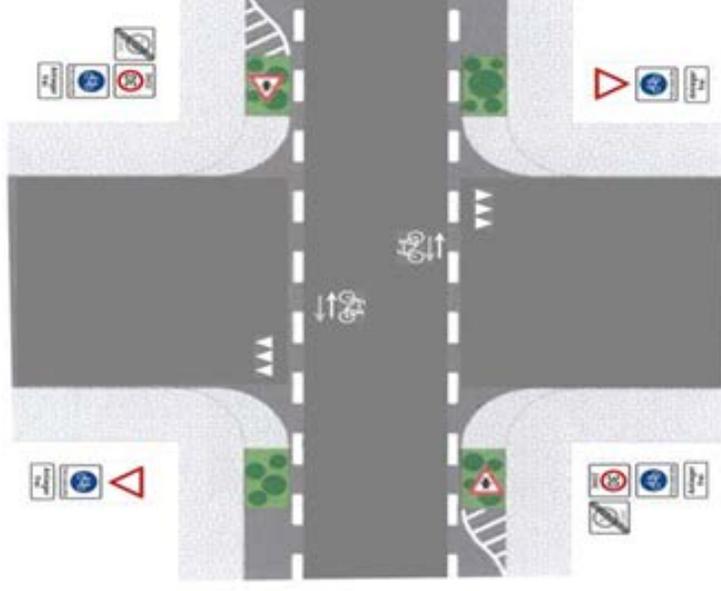
Dokumentation Vorgehen Fahrradstraßen

<p>RAT, 31.08.2020 (SUPV, 18.08.2020)</p>	<p>BV/1395/2020 „Verkehrsversuch "Die Blauen Straßen von Rheinbach"“</p>	<p>Beschreibung der wichtigsten Änderungen in der Verkehrsführung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlieger Frei - Unterbindung MIV durch Poller
<p>AUM, 10.06.2021 TOP 4.1</p>	<p>MI/0052/2021 Bericht über die Förderung des Radverkehrs in Rheinbach</p>	<p>Präsentation des weiterentwickelten Konzepts im Ausschuss vorgestellt</p>
<p>RAT, 28.06.2021 TOP 5.1</p>	<p>BV/1560/2021 Turmstraße; hier: Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 22.6.2020</p>	<p>Turmstraße als Fahrradstraße mit aufgenommen</p>
<p>Runder Tisch Radverkehr, 09.03.2023</p>	<p>Präsentation, Vorschlag zur Komm. Kampagne</p>	<p>Eingeschränkter Durchgangsverkehr für besser Lebensqualität für Anwohnende</p>
<p>AUM, 23.05.2023 TOP 3.3</p>	<p>MI/1926/2023 Radrouting Rheinbach und Radverkehrsanbindung der Ortschaften</p>	<p>Nach Vorbereitung der AGFS: Fahrradstraße im Stadtpark bis zur Villeneuer Straße fortführen</p>
<p>AUM, 07.09.2023</p>	<p>MI/0192/2023 Bearbeitungsstand des Gesamtprojekts „Zukunftsorientiertes Radverkehrsnetz Rheinbach“</p>	<p>Mitteilung informiert zur geplanten Informationskampagne, die auf straßenrechtliche Regelungen aufmerksam macht</p>

Präsentation im Ausschuss für Umwelt und Mobilität (MI/0052/2021) am 10.06.2021

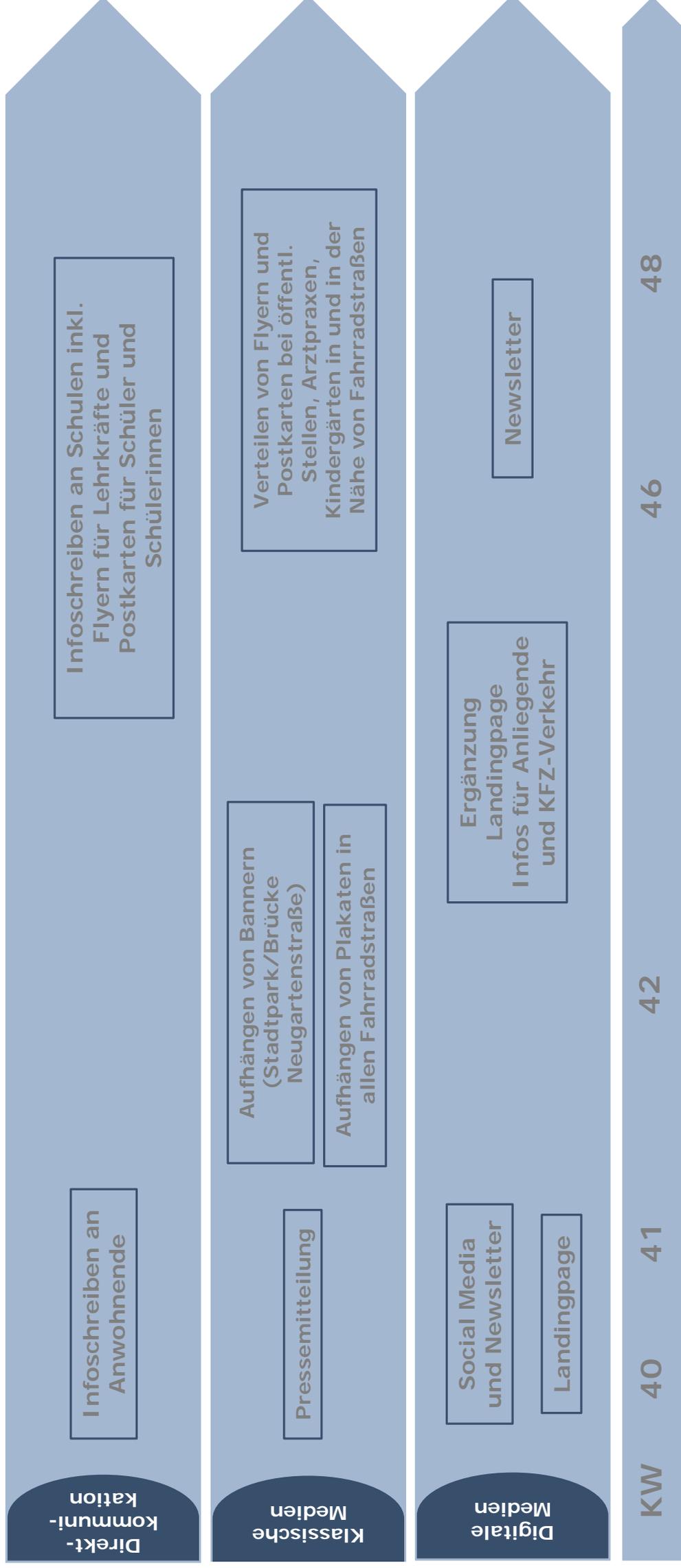
Das gilt in der Fahrradstraße...

- Der Radverkehr ist bevorrechtigt
- Höchstgeschwindigkeit 30 km/h
- Anlieger frei
- Fahrradpiktogramme werden durchgängig markiert



Exemplarischer Beschilderungs- und Markierungsplan
der Kreuzungen in Fahrradstraßen

Zeitlicher Ablauf Kommunikation Fahrradstraßen





Photovoltaik für die Stadt Rheinbach

Ausschuss für Umwelt und Mobilität

Donnerstag, 07.12.2023





- Eines der wichtigsten Ziele der Staatengemeinschaft ist die Reduktion der Treibhausgase, um die globale Erwärmung zumindest auf das angestrebte **1,5°-Ziel** zu reduzieren. Um das zu erreichen, sind zahlreiche Maßnahmen erforderlich. Eine Möglichkeit ist die Deckung des steigenden Strombedarfs durch Sonnenenergie mittels **Photovoltaik**.

Folgen für das Klima

- Temperaturanstieg, Zunahme an Hitze
- trockenen Regionen werden heißer, gleichzeitig mehr Starkregen
- Anstieg der durchschnittlichen Temperatur in den Gebirgsregionen
- zunehmenden Meeresspiegelanstieg
- Hoch- und Niedrigwasserereignisse





Bildquelle: www.nationalgeographic.de



Die CO2-Uhr tickt



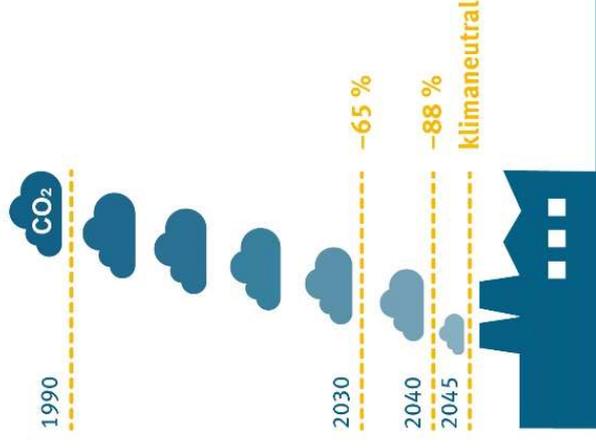
Quelle: www.mcc-berlin.net

Rechtliche Vorgaben

Klimaschutzgesetz (KGS)

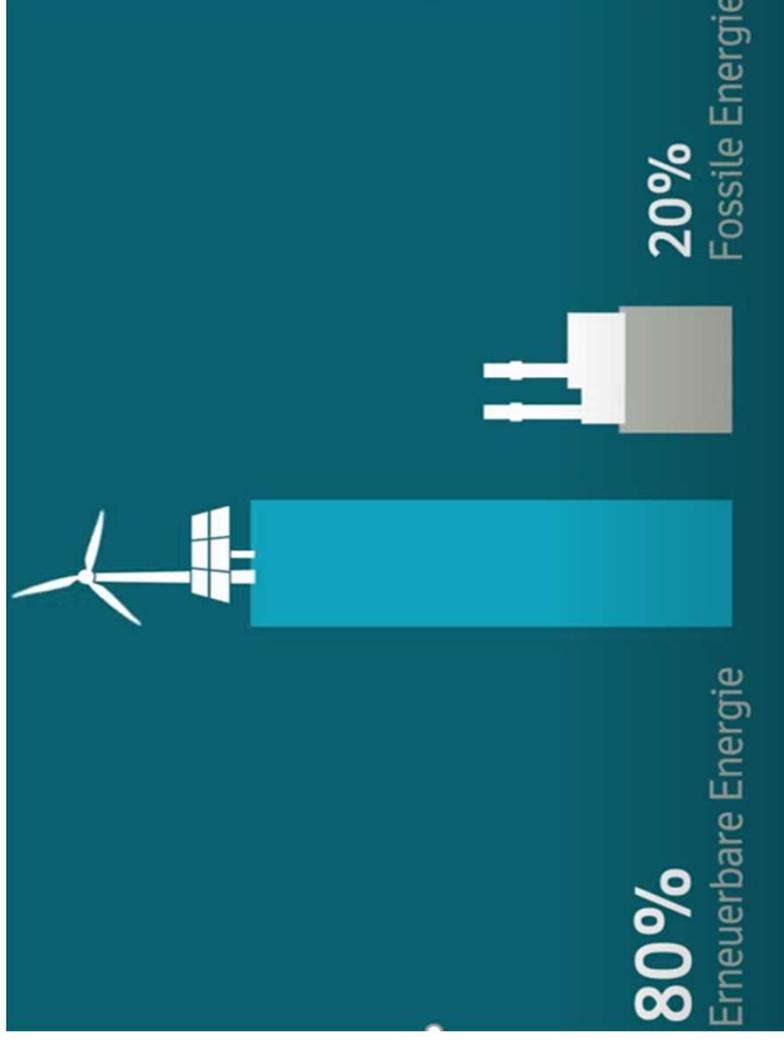
- Zuletzt 2021 angepasst
- Ziel: Erfüllung nationaler Klimaschutzvorgaben und Einhaltung der EU-Zielvorgaben
- Minderung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um **65%** bis zum Jahr **2030** und um **88%** bis zum Jahr **2040**.
- Erreichung **Netto-Treibhausneutralität** bis zum Jahr **2045**
- Vorbildfunktion des Bundes (**Klimaneutralität** für die Bundesverwaltung bis **2030**)

Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Deutschland (Bezugsjahr 1990)



Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

- Ziel: „insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht“.
- Klimaerwärmung auf 1,5° C **begrenzen**
- **bis 2030 mind. 80%** des Bruttostroms (insg. produzierte Strommenge in Deutschland) aus erneuerbarer Energie
- Abhängigkeit von fossilen Energieträgern massiv **verringern**



Wo steht die Stadt Rheinbach?

Anlass

- Bereits Ende 2021 gab es einen Antrag der CDU Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Untersuchung zur Errichtung von Photovoltaik für städtische Gebäude zu initiieren.
- In der Sitzung des Rates vom 04.04.2022 wurde als TOP 6.3.2., der Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.04.2022 der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 (AN/0561/2022) beraten und u.a. beschlossen, dass **40.000 Euro für Machbarkeitsuntersuchungen zum Einsatz von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden im Haushaltsplan eingestellt werden.**

Ziele, Aufgaben und Vorgehensweise

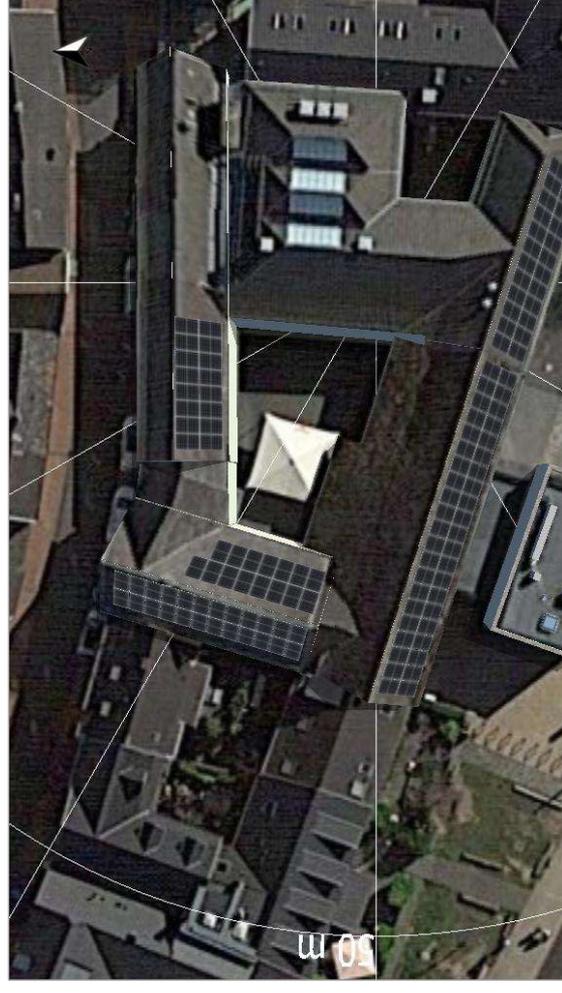
- Einhaltung gesetzlicher Vorgaben
- nachhaltige und treibhausgasneutrale Stromversorgung der **ca. 120 Liegenschaften**

Schritt 1:

- Erstellung eines PV-Katasters
- Festlegung Bewertungskriterien nach Gebäudetyp, Lage, Hindernisse, Schattierung, Netzanschluss etc.
- Interne Kurzanalyse und Priorisierung gemäß Bewertungskriterien
- Erste Einstufung und Auswahl der möglicherweise interessanten Gebäude mit deren Befliegung
- Beginn der Erstellung einer Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit der **Energie Agentur Rhein-Sieg** in Form von **Potentialanalyse**

Annahmen für Simulationen in der Potentialstudie:

- Baukosten: Je nach Anlagengröße und Dach ~ 1.500 €/kWp
- Betriebskosten: 1 % der Baukosten (bei Anlagen über 100 kWp 1,5 %)
- Strombezugskosten: Leichte Variation nach Nutzung $\sim 0,24$ Cent/kWh+2%/a
- Einspeisevergütungen und Direktvermarktungserlöse nach EEG 2023
- Simulationen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen ohne Speicher in PV*Sol
- Anlagen werden zum Eigenverbrauch mit Überschusseinspeisung optimiert
- Es wurden Luftbilder von Liegenschaften angefertigt, um Verschattungen und bauliche Hindernisse besser beurteilen zu können



Luftbild Glasmuseum Himmeroder Hof

Rathaus Rheinbach



Bildquelle: www.ga.de

- Stromverbrauch 2022: 136.235,5 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 62,80 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 55.794 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 194.200,- Euro
- Amortisationsdauer: 8,6 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sehr wirtschaftlich

KiTa Schatzinsel, Neukirchen



- Stromverbrauch 2022: 8.448 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 21,6 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 18.631 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 32.400,- Euro
- Amortisationsdauer: 16,1 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sinnvoll, aber lange Amortisationszeit

GGG Sürster Weg



- Stromverbrauch 2022: 49.073,5 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 260,4 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 243.615 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 390.600,- Euro
- Amortisationsdauer: 18,6 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sinnvoll, aber aufgrund des geringen Strombedarfes schwierig

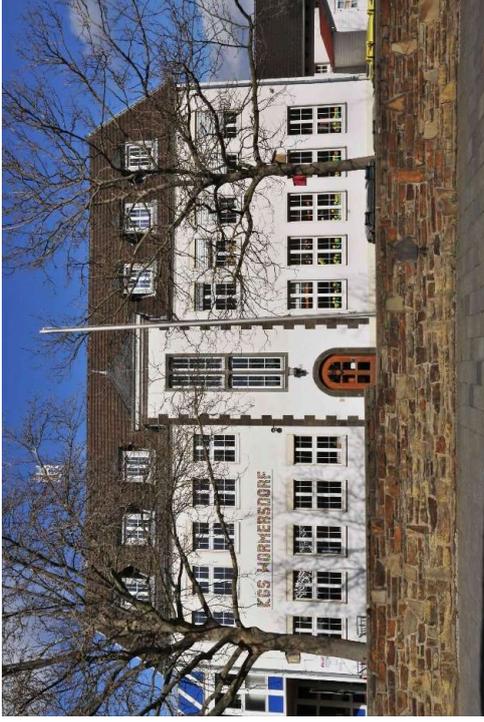
Städtisches Gymnasium



Bildquelle: www.kayser.buchhandlung.de

- Stromverbrauch 2022: 177.988 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 340 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 305.970 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 374.000,- Euro
- Amortisationsdauer: 9,7 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sehr sinnvoll

KGS Wormersdorf



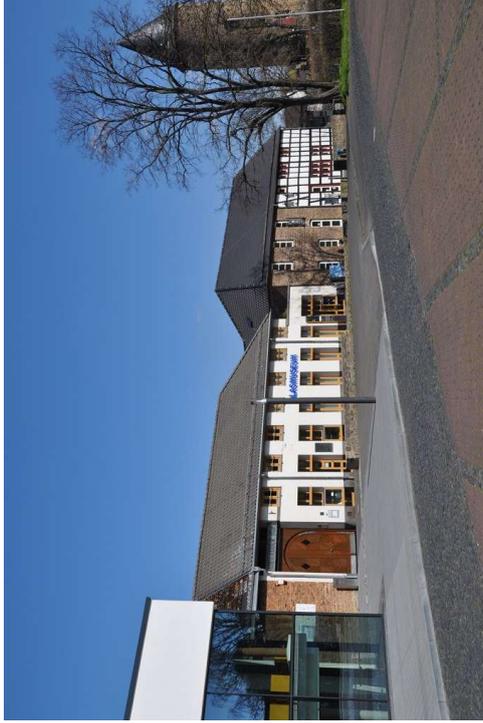
- Stromverbrauch 2022: 19,721 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 54,4 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 52.574 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 81.600,- Euro
- Amortisationsdauer: 16,9 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: Sinnvoll, aber ggf. schwierig in der Umsetzung und lange Amortisation

KGS Merzbach



- Stromverbrauch 2022: 23.972 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 96,4 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 89.468 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 120.500,- Euro
- Amortisationsdauer: 14,8 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: Sinnvoll, auch wegen Multiplikatorwirkung

Glasmuseum Rheinbach



- Stromverbrauch 2022: 90.308,4 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 48,8 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 48.206 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 73.200,- Euro
- Amortisationsdauer: 8,8 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: Sehr wirtschaftlich

MZH Queckenberg



- Stromverbrauch 2022: 16.049 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 60 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 58.984 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 90.000,- Euro
- Amortisationsdauer: 15,2 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sinnvoll, aber aufgrund relativ lange Amortisationszeit

MZH Ramershoven



- Stromverbrauch 2022: 3.251 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 8 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 7.350 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 12.800,- Euro
- Amortisationsdauer: 18,2 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: sinnvoll, aber aufgrund des geringen Strombedarfes schwierig

Turnhalle Berliner Straße



- Stromverbrauch 2022: 86.071 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 83,6 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 75.708 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 125.400,- Euro
- Amortisationsdauer: 10,0 Jahre
- Einschätzung PV-Anlage: Wirtschaftlich

Feuerwehr Brucknerweg



- Stromverbrauch 2022: 25.694 kWh
- Ermittelte Anlagengröße: 43,2 kWp
- Pot. erzeugte Energie: 42.668 kWh/a
- Gesamte Investitionskosten: 64.800,- Euro
- Amortisationsdauer: 12,1 Jahre
- Einstufung PV-Anlage: wirtschaftlich



Zusammenfassung

- 11 untersuchte Objekte
- Stromverbrauch: 636.851,40 kWh
- Potential Leitung: 1.079,20 kWp
- Potential erzeugte Energie: 998.968,00 kWh
- CO2 Einsparungspotential: 470.588,00 kg/a
- Investitionskosten: 1.459.500,00 Euro

Fazit und Ausblick PV-Potentialanalyse

- Bestand muss systematisch erfasst werden, um Projekte priorisieren zu können
- Im nächsten Schritt können Dacheigenschaften und potentialansteigende Sanierungen mitgedacht werden
- PV ist für (fast) alle Gebäude wirtschaftlich.
- Es empfiehlt sich einen Ausbauplan über mehrere Jahre aufzustellen
- Aus Klimaschutzsicht, ergibt jede Anlage und jedes Modul Sinn → Kompromiss: Alle Anlagen, deren Amortisation in der durch das EEG garantierten Betriebsdauer von 20 Jahren liegt, sollten angegangen werden



Energieagentur
Rhein-Sieg



Schritt 2:

- Auswertung der allgemeinen Lage, Zonen und Gebäudetyp, Hindernisse
- Dachzustand (Dacheindeckung, Isolierung, Dichtigkeit, Statik usw.)
- Auswertung der Schattierung
- Simulationen: eingereichte Kapazität, Produktionspotenzial, Eigenverbrauch, etc.
- Verfügbare Räumlichkeiten für die Installation der technischen Bestandteile
- Eklektischer Anschluss inkl. Anpassungsbedarf
- Einstufung/ Priorisierung des Gebäudes (sofortige Umsetzung oder langfristige Renovierung- oder Umbaumaßnahmen)

Schritt 3. Untersuchung und Bewerbung: Förderprogramme und Wirtschaftlichkeit

Schritt 4. Umsetzung

Zeit-, Maßnahmenplan

Jahr	Maßnahmen
2022	<ul style="list-style-type: none"> ✓ 04.04.2022 Beschluss ✓ Machbarkeitsstudien
2023	<ul style="list-style-type: none"> ✓ PV Kataster ✓ Erste MU-PV (11 Stk.)
2024	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Detaillierte MU-PV/ Beteiligung Fachplaner (1.Pot.Analyse) ▪ Ggf. Förderanträge stellen ▪ Weitere MU-PV (weitere 10 Stk.) ▪ Haushaltsmittel für Folgejahre planen
2025	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung (1. Pot. Analyse) ▪ Detaillierte MU-PV/ Beteiligung Fachplaner (2.Pot. Analyse) ▪ Ggf. Förderanträge stellen ▪ Weitere MU-PV (weitere 10 Stk.)
2026	
2027	
2028	
2029	
2030	<ul style="list-style-type: none"> ▪ bis 2030 mind. 80% des Bruttostroms aus erneuerbare Energien

Fördermöglichkeiten

Haushaltssperre des Bundes

Die Bundesregierung prüft derzeit die Auswirkungen des Urteils vom Bundesverfassungsgericht vom 15. November zum 2. Nachtragshaushalt 2021. Mit der Urteilsverkündung hat das Bundesfinanzministerium eine sofortige Haushaltssperre verfügt, nach der aktuell keine neuen finanziellen Zusagen getätigt werden dürfen, die mit Zahlungen für die Jahre ab 2024 verbunden sind.

Entsprechend kann derzeit keine Bewilligung von neuen Vorhaben sowie keine Gewährung eines förderungsschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginns erfolgen.

Quelle: www.klimaschutz.de

PV-Anlagen sind (bei richtiger Dimensionierung) auch ohne Förderung wirtschaftlich und Klimaschutztechnisch sinnvoll.

